

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 4. April 1989

Blatt 642

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- 75. Geburtstag von Maria Hlawka (643)
- Zilk: Mit SPÖ-Beschluß zur EG-Frage zufrieden (651)

Kommunal/Lokal:

- Neue Einbahn im 20. Bezirk (644)
- Mobilbüro des Bürgerdienstes auf der Wiener Messe (644)
- Tunnelanschlag am Reithofferplatz (645/646)
- Offene Ideensuche zur Expo 95 (647/648)
- Viel Neues in der Stadterneuerung (649/650)
- Großbaustellen im Wiener Straßennetz (652-654)
- Stellvertretender Kulturminister der DDR Klaus Höpcke bei Wiener Vorlesungen (nur FS)

75. Geburtstag von Maria Hlawka

Wien, 4.4. (RK-POLITIK) Die frühere Wiener Landtagspräsidentin Maria HLAWKA, geb. Tomschitz, wurde am 7. April 1914 in Gainfarn bei Baden als Tochter eines Maschinisten geboren. Nach dem Schulbesuch erlernte sie in Wien das Buchbindergewerbe. 1934 heiratete sie den Beamten der Wiener Verkehrsbetriebe Karl Hlawka.

Zwischen 1931 und 1934 war sie in der Sozialistischen Jugendorganisation tätig. Nach dem Wiedererstehen Österreichs wurden ihr in der Favoritner Bezirksorganisation der SPÖ wichtige Funktionen anvertraut. 1954 wurde sie in den Wiener Gemeinderat gewählt, dem sie bis 1978 angehörte. 1967 wurde sie zur Dritten, 1969 zur Zweiten und 1973 zur Ersten Präsidentin des Wiener Landtages gewählt. Dieses Amt hatte sie bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Wiener Gemeinderat bzw. Landtag inne.

Wichtig sind auch die Funktionen, die Maria Hlawka in der Frauenorganisation der SPÖ bekleidete. Von 1965 bis 1978 war sie Vorsitzende des Favoritner Frauenkomitees, von 1965 bis 1977 Vorsitzende des Wiener Frauenkomitees und von 1966 bis 1978 Stellvertretende Vorsitzende des Bundesfrauenkomitees. Im Rahmen der Gesamtpartei fungierte sie von 1965 bis 1977 als Obmannstellvertreterin der Wiener SPÖ.

Für ihr umfassendes öffentliches Wirken erhielt sie 1964 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und 1972 das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. 1974 wurde ihr von der SPÖ die Viktor-Adler-Plakette verliehen. Wien würdigte ihre Leistungen 1975 mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern und 1984 mit der Verleihung des Titels eines „Bürgers der Stadt Wien“. (Schluß) red/gg

Neue Einbahn im 20. Bezirk

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Donnerstag, 6. April, 8 Uhr, tritt in der Pöchlarnstraße im Bereich von der Ospelgasse bis und in Richtung Pasettistraße im 20. Bezirk eine Einbahnregelung in Kraft. Dadurch wird eine Schrägparkordnung ermöglicht. (Schluß) pz/rr

Mobilbüro des Bürgerdienstes auf der Wiener Messe

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Das Mobile Büro des Bürgerdienstes und das Wiener Stadtradio, UKW 90 und 95, bringen ihre Bürgerdienst-Live-Sendung morgen, Mittwoch, direkt von der Wiener Messe. Die Sendung dauert von 14 bis 15.30 Uhr, das Mobile Büro befindet sich dazu vor der Halle 8 am Messegelände. Wünsche, Anfragen, Beschwerden an den Bürgerdienst werden dabei möglichst an Ort und Stelle erledigt. (Schluß) hrs/rr

Tunnelanschlag am Reithofferplatz

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Tunnelanschlag am Donnerstag, dem 6. April, um 9.30 Uhr am Reithofferplatz fällt der Startschuß für die „Maulwürfe“ im 15. Bezirk. Unter der traditionellen Patenschaft einer „Tunnelpatin“ — diesmal wird Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL die ehrenvolle Aufgabe übernehmen — wird hier mit dem Tunnelbau in geschlossener Bauweise nach der Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode begonnen. Dies gab Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL bekannt.

Die Bauarbeiten finden für die dritte Betriebsphase der U 3 (Westbahnhof bis Johnstraße) statt, die im Herbst 1994 in Betrieb gehen soll. Die Gesamtbaukosten für diesen insgesamt 14. Bauabschnitt der U 3 („Schweglerstraße“) betragen 1,6 Milliarden Schilling, die Rohbauzeit ist mit 38 Monaten angesetzt. Insgesamt werden in diesem knapp einen Kilometer langen Bauabschnitt 2,2 Kilometer Tunnel vom zentralen Anfahrtschaft Reithofferplatz aus hergestellt. Dafür müssen rund eine Million Arbeitsstunden aufgewendet werden.

Der Bauabschnitt U 3/14, „Schweglerstraße“, schließt an den Anfahrtschacht Gerstnerstraße des Bauabschnittes Westbahnhof an und endet vor dem Schacht Kardinal-Rauscher-Platz des Bauabschnittes Johnstraße. Er umfaßt zwei Streckengleise, ein Abstellgleis im Anschluß an den Schacht Gerstnerstraße sowie die Station „Schweglerstraße“ mit ihren beiden Stationsröhren. Alle Tunnelröhren werden in geschlossener Bauweise nach der Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode errichtet. In offener Bauweise werden lediglich die Schächte für die Stationen in der Stättermayergasse und in der Benedikt-Schellinger-Gasse hergestellt. In diesen beiden Bauwerken werden die Aufgänge der zwischen diesen beiden Gassen gelegenen Station „Schweglerstraße“ untergebracht.

„NÖT“ für den U-Bahn-Bau

Die Neue Österreichische Tunnelbaumethode (NÖT) wurde von Österreichern entwickelt und hat bereits ihren Siegeszug über die ganze Welt angetreten. Ursprünglich für den Gebirgstunnelbau entwickelt, wurde sie im Rahmen der zweiten Ausbauphase der Wiener U-Bahn erstmals für den städtischen Tunnelbau eingesetzt und hat sich auch hier bisher hervorragend bewährt. Sie ist dadurch charakterisiert, daß durch bestimmte Baumaßnahmen die Tragwirkung des Bodens aktiviert wird und die Setzungen minimiert werden. Als Konstruktionselemente für die Herstellung der Außenschale werden Spritzbeton, Baustahlmatten und stählerne Gitterbögen angewendet.

Durch ein umfangreiches Meßprogramm im Tunnel, im Boden und an den Häusern, das täglich über einen in der Baukanzlei aufgestellten Computer ausgewertet wird, wird die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen laufend kontrolliert.

Umfangreiche Bodenerkundungen und eine großflächige Grundwasserabsenkung mittels Brunnen stellen sicher, daß die Herstellung der Tunnel im Trockenen erfolgen kann. Wo die Grundwasserabsenkung nicht ausreichend ist, werden die Tunnel unter Druckluft aufgeföhren.

Geringe Behinderungen für Anrainer

Bemerkenswert an diesem Bauabschnitt ist auch, daß in der Station durch die Verlegung eines Teiles der Betriebsräume von den teuren unterirdischen Bauteilen in billigere oberirdische im Betriebsgebäude in der Benedikt-Schellinger-Gasse eine sehr wirtschaftliche Lösung gefunden wurde.

Durch den zentralen Angriffspunkt für alle in geschlossener Bauweise herzustellenden Tunnelröhren vom Arbeitsschacht am Reithofferplatz aus kommt es zu minimalen Belästigungen der Bevölkerung, außerdem wurde dadurch die Rohbauzeit verkürzt. Lediglich in der Benedikt-Schellinger-Gasse und in der Stättermayergasse werden baubedingt Sperren erforderlich werden, wobei durch entsprechende Bauphasen die Zufahrt zu den Häusern möglich bleiben wird. Großflächige Umleitungen sind nicht erforderlich. Nach dem U-Bahn-Bau sind in diesen beiden Gassen verkehrsberuhigte Zonen vorgesehen. Der Rohbau wird im Juni 1991 beendet sein.
(Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 645

Offene Ideensuche zur EXPO 95

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Grünes Licht gab nunmehr Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA für die offene Ideensuche zur EXPO 95.

Diese Ideensuche ist Auftakt zu einem Planungsverfahren insbesondere zur Gestaltung des laut Gemeinderatsbeschluß vorgesehenen EXPO-Geländes Donauraum/Konferenzzentrum sowie der möglichen Verbindungen zur und über die Donau bis hin zur Achse Praterstern/Lassallestraße/Wagramer Straße. Die Ideensuche soll aber, so Planungsstadtrat Dr. Swoboda Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, auch EXPO-Ideen sammeln, die über reine Gestaltungsfragen hinausgehen.

Unter dem Motto „Alles ist möglich“ sind alle Interessenten (ohne Einschränkungen) eingeladen, Vorschläge jedweder Art einzubringen, die mit dem Thema der geplanten EXPO 95 Wien/Budapest zusammenhängen und in Wien realisiert werden können.

Die ursprünglich vorgesehenen Szenarien zum EXPO-Wettbewerb mußten aufgrund der Verschiebung diverser Rahmenbedingungen geändert, und der Zeitablauf variiert werden. An der Erstellung eines genaueren Ablaufplanes wird derzeit noch gearbeitet.

Informationsmöglichkeiten zur Ideensuche

Für alle Interessenten an der Ideensuche, zu der nicht nur die Wienerinnen und Wiener, sondern alle Österreicher eingeladen sind, ist ein eigenes Perspektiven-Heft in Vorbereitung, das aufbauend auf den Ergebnissen der Montag und Dienstag stattgefundenen EXPO-Enquete im Frühjahr 1989 erscheinen soll.

In der Stadtwerkstatt in der Rathausstraße 9 (Ecke Friedrich-Schmidt-Platz) ist bis 28. April 1989 eine Publikumsausstellung zum Thema EXPO 95 zu sehen, die später auch den Bundesländern angeboten wird. (Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 19 Uhr, für die Wochenenden sind angemeldete Führungen möglich).

Für Detailanfragen zur Ideensuche und zum Bezug der Ausschreibungsunterlagen steht ab sofort das EXPO-Büro in der Rathausstraße 14-16 (Telefonnummer 48 88 44) in den Amtsstunden zur Verfügung.

Einigung über EXPO-Gesellschaft

Wie Planungsstadtrat Dr. Swoboda bekanntgab, schuf der Lenkungsausschuß für die EXPO am vergangenen Freitag die Voraussetzungen für die Gründung der EXPO-Vienna Wiener Weltausstellungs Aktiengesellschaft, die mit der Planung, Organisation, Finanzierung und Durchführung der EXPO 95 beauftragt ist, soweit sich diese Maßnahmen auf Wien und Österreich beziehen. Die Planung, Finanzierung und Errichtung der hierfür erforderlichen Anlagen in Wien, die Verwertung aller daraus entstehenden Rechte, insbesondere der entstehenden Anlagen, sowie die Einrichtung einer gemeinsamen Joint-Venture-Organisation zum Zweck der Kooperation und Koordination mit den ungarischen Stellen gehört ebenfalls zu diesen Aufgaben.

Die Gesellschaft wird von Bund und Wien gegründet und soll weitestgehend privatisiert werden.

Die Geschäftsführer für diese Gesellschaft sollen nach einer sechswöchigen Ausschreibungsfrist Ende Mai ausgewählt werden.

Besuch der B.I.E.-Delegation in Wien

Swoboda kündigte den Besuch der B.I.E.-Delegation für kommenden Donnerstag an. Die Delegation besteht aus dem Präsidenten des Bureau International des Expositions (B.I.E.) Jacques SOL-ROLLAND, der Gene-

ralsekretärin des B.I.E., Marie-Helene DEFRENE, beide aus Frankreich, dem Präsidenten des Exekutivkomitees des B.I.E., Ted ALLAN aus Großbritannien sowie William TAPPE, dem US-Delegierten für das B.I.E.

Von Seiten Österreichs betreut Dr. Benita WALDNER, die österreichische B.I.E.-Delegierte, das Besuchsprogramm. Die Delegation wird bis Dienstag, den 11. April 1989, in Wien bleiben.

Dienstag nachmittag Podiumsdiskussion bei der EXPO-Enquete

Zum Abschluß der Montag begonnenen EXPO-Enquete mit mehr als 300 Teilnehmern findet Dienstag, ab 14.30 Uhr, im Rathaus eine Podiumsdiskussion zu den Berichten der Enquete-Arbeitsgruppen statt. An der Podiumsdiskussion nehmen Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER, Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA, Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ teil.

Diskussionsleiter ist Alfred STAMM vom Studio Wien des ORF.

Wiener Standort so groß wie Brisbane

Planungsstadtrat Dr. SWOBODA nahm — im Zusammenhang mit einer heutigen Zeitungsmeldung — auch neuerlich zur Standortfrage Stellung. Die in der Zeitungsmeldung kolportierte Kritik aus Ungarn am „zu kleinen“ Wiener Standort sei schon deshalb unverständlich, weil es in Budapest noch gar keine definitive Standortentscheidung gebe, ein Vergleich mit dem Wiener Expo-Standort daher noch gar nicht möglich sei. Der in Wien festgelegte Kernbereich für die Weltausstellung sei ungefähr gleich groß wie der Ausstellungsstandort in Brisbane (wobei noch zu berücksichtigen sei, daß Brisbane die Weltausstellung allein, Wien jedoch gemeinsam mit Budapest durchführe). Abgesehen davon bestehe außerdem die Möglichkeit einer Weiterentwicklung zur Donau und bis zum Nordbahnhof-Gelände, falls dies notwendig sein sollte. Schließlich sei zu berücksichtigen, betonte Swoboda, daß mit Donaupark und Donauinsel in Wien bereits Erholungsflächen im Nahbereich des Weltausstellungsgeländes vorhanden sind, die anderswo erst geschaffen werden müssen. (Schluß)

lf/ger/rr/bs

Forts. von Blatt 647

Viel Neues in der Stadterneuerung

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz wird voraussichtlich mit 1. Juni 1989 in Kraft treten. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen auch die entsprechenden Durchführungsverordnungen der Wiener Landesregierung vorliegen. Gesetz und Verordnungen sollen gewährleisten, daß die negativen Langzeitfolgen der Wohnbauförderungen 1968 und 1984 im Neubau künftig nicht mehr auftreten und daß außerdem in der Stadterneuerung ein Bauvolumen von 3 Milliarden Schilling sichergestellt wird.

Objektive Sanierungsförderung durch „Punktesystem“

Die Stadterneuerung ist in Wien voll angelaufen. Ende Februar 1989 ergaben die Statistiken des Wiener Stadterneuerungsfonds folgendes Bild:

- Über 1.100 Sanierungsprojekte mit einem Gesamtbau- und -sanierungsvolumen von 7,2 Milliarden Schilling sind in den letzten Jahren vom Land Wien gefördert worden.
- 534 Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtbauvolumen von 4,87 Milliarden Schilling sind derzeit in Bau.
- 391 geförderte Wohnhaussanierungen im Wert von 1,454 Milliarden Schilling sind bereits fertiggestellt.

Im Zuge dieser Wohnhaussanierungen werden jährlich etwa 2.000 alte Wohnungen auf modernen Standard verbessert. Dazu kommen etwa 8.000 weitere geförderte Einzelwohnungsverbesserungen in Wien pro Jahr. Die Stadterneuerung modernisiert jährlich 10.000 Wohnungen. Etwa 2.000 Sanierungsvorhaben stehen noch auf der Warteliste. Für eine objektive Vergabe der Förderungsmittel an diese Projekte soll künftig ein „Punktesystem“ sorgen. Damit wird in erster Linie die Notwendigkeit und die Qualität der Sanierung, vor allem aber auch die Einbindung der Mieter bewertet und „belohnt“. Ein Großteil der Sanierungsvorhaben wurden bereits bewertet. Die Reihung der Projekte wird in Kürze beim Stadterneuerungsfonds einsehbar sein. Grundsätzlich soll gelten: Je besser und mieterfreundlicher ein Sanierungsvorhaben ist, umso rascher wird es künftig zur Förderung gelangen.

Das Kuratorium des Stadterneuerungsfonds hat sich zum Ziel gesetzt, daß der Großteil jener Sanierungsvorhaben, die eine Förderungsempfehlung (Vorprüfbericht) des Fonds vor dem 1.7.1988 erhalten haben, bis Ende 1990 auch tatsächlich die Förderung durch die Landesregierung bekommt.

Wie groß das Interesse an der geförderten Wohnhaussanierung in Wien trotz länger werdender Wartezeit immer noch ist, beweist die Tatsache, daß monatlich 20 bis 30 Anträge gestellt werden. Diese Projekte werden aber frühestens 1991 gefördert werden können. Seit Bestehen des Stadterneuerungsfonds wurden insgesamt bereits 3.754 Förderungsansuchen für die Sanierung von Wohnhäusern gestellt. In diesen Häusern befinden sich rund 200.000 Wohnungen — also ein Viertel des Wiener Wohnungsbestandes.

Neuer Schritt in der Stadterneuerung: Die Blocksanierung

Nachdem die Einzelwohnungsverbesserung bereits seit zwei Jahrzehnten erfolgreich funktioniert (150.000 Wohnungen wurden bisher verbessert) und nun auch die Wohnhaussanierung anläuft, soll ein neuer Qualitätsschritt in der Stadterneuerung gesetzt werden: die Blocksanierung.

Mit der Blocksanierung sollen künftig ganze Häuserblöcke und damit nicht nur die Wohnungen und Häuser, sondern vor allem das Umfeld der Wohnungen verbessert werden. Das heißt, daß

- durch Hofentkernung,
- durch Grünraumgestaltung,
- durch eine Verbesserung der Nahversorgung,
- durch eine Ausschaltung oder Reduzierung negativer Umwelteinflüsse durch Wirtschaftsbetriebe und

- durch verkehrsberuhigende Maßnahmen um den Block herum Verbesserungen der gesamten Wohnumgebung erfolgen sollen.

In einer ersten Testphase werden derzeit 17 Häuserblöcker in ganz Wien untersucht,

- wie diese Sanierung rein technisch (durch Sanierung, aber auch Abbruch und Neubau),
- wie sie möglichst bürgerfreundlich unter Einbeziehung aller Betroffenen — der Hauseigentümer, Mieter, aber auch der Geschäftsleute — und
- wie sie möglichst kostensparend unter Verwendung der neuen Förderungsmodelle, die mit dem neuen Wohnbauförderungs- und Wohnhaus-sanierungsgesetz eröffnet werden sollen, erfolgen kann.

Gemeinsam ist diesen Häuserblöcken, daß sie sich durchwegs in Gebieten mit hohem Erneuerungsbedarf, Grün- und Parkraumangel befinden. Mit diesen Untersuchungen wurden Architekten, Bauträger und mehrere Gebietsbetreuungen in den Stadterneuerungsgebieten beauftragt. Die Ergebnisse der ersten Untersuchungen werden bei einem Experten-Hearing am 28. April diskutiert.

„Sanfte Stadterneuerung“ durch Mieterbetreuung

Das erklärte Ziel der Stadt Wien — die „sanfte“, mieterfreundliche Stadterneuerung — wird nicht nur durch die österreichweit mit Abstand beste und höchste Förderung und das „Punktesystem“ unterstützt. Bei immer mehr Wohnhaussanierungen — vor allem bei größeren Vorhaben — arbeiten Mieterbetreuungsteams.

Die Wohnhaussanierung ist ein bedeutender Einschnitt im Leben der betroffenen Mieter: Sie kostet Geld und verändert die „abgewohnte“ Umgebung. Die Stadt Wien geht bei der Mieterbetreuung seit einiger Zeit mit gutem Beispiel voran: Zur Vorbereitung der Sanierung des Karl-Marx-Hofes, des George-Washington-Hofes, des Rabenhofes, des Lassallehofes oder der Wohnhausanlagen Gudrunstraße 55-102 in Favoriten und Thalheimergasse 33-39 in Ottakring wurden Mieterbetreuungen eingerichtet, die die Mieter informieren und beraten über

- die geplanten und möglichen Sanierungsmaßnahmen am Haus und in den Wohnungen,
- die Kosten und finanziellen Unterstützungen (etwa Wohnbeihilfe),
- aber auch kurzzeitig notwendigen Umsiedlungen.

Bei Mieterversammlungen, durch Fragebogenaktionen und in Einzelgesprächen werden die Wünsche der Mieter bestmöglichst erfaßt und zur Grundlage des gesamten Sanierungsvorhabens gemacht.

Darüberhinaus bestehen bereits einige weitere Mieterberatungsteams für private Sanierungsvorhaben. Die Kosten für diese Betreuung können in die Gesamtsanierungskosten eingerechnet und gefördert werden.

Neuer Geschäftsführer des Stadterneuerungsfonds

Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds erhält einen neuen Geschäftsführer. Dr. Ernst THEIMER, derzeit Leiter der Magistratsabteilung 69 (zuständig für rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten der Stadt), wurde vom Kuratorium des Fonds einstimmig zum Nachfolger von Direktor Ing. Walter HOFSTETTER bestellt, der im Juni in den Ruhestand tritt.

Dr. Ernst Theimer ist 42 Jahre alt, gelernter Jurist, und war im Bereich der Stadt bisher insbesondere mit wirtschaftlichen Angelegenheiten betraut. Insgesamt gab es 30 Bewerbungen für die ausgeschriebene Funktion. Ing. Walter Hofstetter war seit 1984 Geschäftsführer und für den Aufbau des Fonds als zentrale Servicestelle für die Wohnhaussanierung wesentlich verantwortlich. Er war bis 1984 zwei Jahrzehnte Mitglied des Wiener Gemeinderates und zuletzt dessen Vorsitzender. (Forts. mgl.) ah/bs

Forts. von Blatt 649

Zilk: Mit SPÖ-Beschluß zur EG-Frage zufrieden

Wien, 4.4. (RK-POLITIK) Er sei mit dem gestrigen Beschluß der SPÖ zur EG-Frage zufrieden, weil dieser seine Position bestätigt habe, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seiner wöchentlichen Pressekonferenz. Seine Bedenken gegen einen Beitritt zur EG um jeden Preis seien durch den SPÖ-Beschluß zum Ausdruck gekommen. Es könne nicht an bestimmten Grundsatzfragen der Neutralität, der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik gerüttelt werden, sagte Zilk. Nun sei es die Aufgabe, diese Position in jene gemeinsame Erklärung einzubringen, die Grundlage für das Beitrittsansuchen bzw. den Brief an Brüssel sei. Er sei zuversichtlich, daß auch die ÖVP in diesen Grundsatzfragen zustimmen werde, meinte Zilk. Überdies werde aber auch die interessante Entwicklung in den osteuropäischen Staaten die Debatte in den kommenden Jahren beeinflussen, sagte der Bürgermeister. (Schluß) ah/bs

Großbaustellen im Wiener Straßennetz

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag mitteilte, setzt mit April die Bautätigkeit im Wiener Straßennetz wieder in deutlich verstärktem Umfang ein. Es werden etliche große Vorhaben — von Gleisbauarbeiten über Kanaleinbauten bis zu kompletten Neuaufbauten der Fahrbahndecke — in Angriff genommen, die entsprechende begleitende Verkehrsmaßnahmen in Form von Sperrungen beziehungsweise Umleitungen erforderlich machen.

Die nach Bezirken gereichte Übersicht jener größeren Bauvorhaben, die im April und Mai beginnen:

1. BEZIRK:

Bellaria

Nachdem beim U-Bahn-Bau U 3/10 die Bauarbeiten im wesentlichen abgeschlossen sind, wird mit der Monatswende April/Mai der Straßentrückbau beziehungsweise die Neuherstellung der Fahrbahndecken im Bereich zwischen der 2er-Linie und der Hansenstraße begonnen. Die Arbeiten werden voraussichtlich bis September 1989 dauern.

Schmerlingplatz

Im Bereich vor dem Justizpalast beginnt Mitte April ein Gleisbauvorhaben der Wiener Verkehrsbetriebe, das etwa drei Wochen dauern wird.

2. BEZIRK:

Obere Donaustraße

Im Abschnitt zwischen der Brigittenauer Lände (B 227) und dem Gaußplatz erfolgt ein kompletter Straßenumbau sowie der Einbau eines Radweges. Arbeitsbeginn ist Ende April, Arbeitsende voraussichtlich Ende Juli. Der Verkehr wird in die Brigittenauer Lände umgeleitet.

3. BEZIRK:

Landstraßer Hauptstraße – Rochusmarkt

Nach Beendigung der U-Bahn-Bauarbeiten erfolgt die Wiederherstellung der Verkehrsflächen im Zeitraum zwischen April und September dieses Jahres. Hauptarbeitsbereich ist der Abschnitt zwischen der Rochusgasse und der Sechskrügelgasse. Auch während des Straßenbaues bleibt je Fahrtrichtung ein Fahrstreifen für den Verkehr offen.

Schlachthausgasse – Erdbergstraße

Die im Mai beginnenden und voraussichtlich bis Dezember 1989 dauernden Arbeiten umfassen diverse Einbauten, Gleisbau und Straßenbau. Es ist eine komplette Sperre erforderlich; die Verkehrsumleitung erfolgt über Würtzlerstraße — Schnirchgasse — Schlachthausgasse — Ludwig-Koeßler-Platz — Fruethstraße — Erdbergstraße und umgekehrt.

9. BEZIRK:

Friedensbrücke

Nach Beendigung der Arbeiten in der Porzellangasse wird voraussichtlich in der zweiten Maihälfte mit Gleisbauarbeiten auf der Friedensbrücke begonnen. Während der rund sechs Wochen dauernden Arbeiten wird in Fahrtrichtung 20. Bezirk nur eine Fahrspur offen bleiben.

10. BEZIRK:

Ettenreichgasse

Im Abschnitt zwischen Troststraße und Reumannplatz beginnen im Mai Kanalbauarbeiten, die voraussichtlich elf Monate dauern werden. Die Um-

leitung des Verkehrs erfolgt über die Leibnitzgasse, wobei der Autobus auf einer eigenen Spur zum Teil auch gegen die Einbahn geführt wird.

11. BEZIRK:

Plateau Kaiser-Ebersdorfer Straße/Simmeringer Hauptstraße

Hier sind Arbeiten diverser Einbautendienststellen sowie ein Straßenumbau durch die Magistratsabteilung 28 vorgesehen. Die Vorarbeiten der Magistratsabteilung 28 beginnen am 23. Mai, es folgen die Arbeiten der Einbautendienststellen und voraussichtlich ab der zweiten Julihälfte die Fertigstellung des Straßenbaues. Arbeitsende voraussichtlich September. Ab Anfang Juni erfolgt die Verkehrsumleitung in Richtung stadteinwärts über Florian-Hedorfer-Straße — Kaiser-Ebersdorfer Straße.

13. BEZIRK:

Maxingstraße

Am 24. April beginnen die voraussichtlich ein Jahr dauernden Arbeiten mehrerer städtischer Einbautendienststellen, des Fernmeldebauamtes und die abschließende Neuherstellung der Fahrbahndecke. Es ist eine komplette Sperre erforderlich.

Die Umleitung in Fahrtrichtung Norden erfolgt über Elisabethallee — Wattmangasse — Trauttmansdorffgasse — Maxingstraße, Richtung Süden über Hietzinger Hauptstraße — Lainzer Straße — Gloriettegasse — Wattmangasse — Elisabethallee — Montecuccoliplatz.

Plateau Feldkellergasse/Hofwiesengasse

Hier beginnen in Kürze Gleisbauarbeiten der Verkehrsbetriebe. In der Feldkellergasse wird nur eine Fahrspur aufrecht bleiben.

14. BEZIRK:

Plateau Johnstraße/Meiselstraße

Im Zuge des U-Bahn-Baues (Abschnitt U 3/15) erfolgt eine Querung der Johnstraße. Ab 16. April kann das Plateau nur in Fahrtrichtung Hütteldorfer Straße übersetzt werden. In der Gegenrichtung zum Wiental erfolgt die Umleitung über Tautenhayngasse — Matthias-Schönerer-Gasse — Flachgasse.

16. BEZIRK:

Thaliastraße

Im Bereich zwischen Maroltnergasse und Enenkelstraße beginnen am 10. April Gleisbauarbeiten, die voraussichtlich neun Wochen in Anspruch nehmen werden. Als Verkehrsmaßnahme erfolgt die Einbahnführung der Thaliastraße von der Enenkelstraße bis und in Richtung Maroltnergasse; der Verkehr in der Gegenrichtung wird über Hasnerstraße — Enenkelstraße geführt.

18. BEZIRK:

Währinger Straße

In der Währinger Straße im Bereich zwischen Weinhausergasse und Aumannplatz beginnen Mitte April Arbeiten der Gaswerke, die bis Ende Juni dauern werden; daran schließt sich ein Kanalbauvorhaben von Juni bis Oktober 1989. Als Verkehrsmaßnahme ist die Einbahnführung der Währinger Straße in Fahrtrichtung Zentrum vorgesehen. Der Verkehr in der Gegenrichtung wird über die Gentzgasse umgeleitet.

21. BEZIRK:

Brünner Straße

Ein Gleisbauvorhaben der Wiener Verkehrsbetriebe im Abschnitt zwischen Peitlgasse bis Hermann-Bahr-Straße führt zu einer örtlichen Behin-

Forts. von Blatt 652

Forts. auf Blatt 654

derung: es bleibt eine Fahrspur, zusätzlich werden Abbiegeverbote erlassen. Die Dauer der Arbeiten: voraussichtlich ein Monat ab der zweiten Maiwoche.

AUTOBAHNEN IM RAUM WIEN

Im Zuge der Donauufer Autobahn/A 22 erfolgt beim Lärmschutztunnel Kaisermühlen am 17. April die Verkehrsfreigabe der wasserseitigen Tunnelröhre. Die Abwicklung des Verkehrs auf je einer Fahrspur pro Fahrtrichtung bleibt bis zur Freigabe der landseitigen Tunnelröhre Anfang Mai. Der Verkehr von der Wagramer Straße in Fahrtrichtung zur A 23 wird über Reichsbrücke und Handelskai umgeleitet.

Mitte Mai erfolgt die komplette Sperre der Auffahrtsrampe zur Südbahn/A 2 von der B 17/Triester Straße — Inzersdorf für die Dauer von zwei Wochen. Anschließend erfolgt eine vierwöchige halbseitige Sperre; damit ist die Freihaltung eines Fahrstreifens im Zuge der Auffahrtsrampe zur A 2 von der B 17 und auf der A 23/Altmannsdorfer Ast in Fahrtrichtung zur A 2 gegeben. In den genannten Bereichen erfolgen die Aufbringung eines komplett neuen Fahrbahnbelages sowie der Wechsel der Dilatationen (Fahrbahnübergangskonstruktionen) auf der Auffahrtsrampe. Diese umfangreichen Arbeiten werden voraussichtlich zur Monatswende Juni/Juli beendet sein. (Schluß) pz/bs. rr

Forts. von Blatt 653